

Avanti

2

Theoriebeilage

Unser Leben
oder ihre Profite

ISO Rhein-Neckar

KAPITALISMUS ABWÄHLEN?



INHALT

TITEL

- 01 KAPITALISMUS ABWÄHLEN?**
Gemeinsam gegen den Rechtsruck

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & knapp?

SEITE DREI

- 03 KAPITALISMUS ABWÄHLEN?**
Gemeinsam gegen den Rechtsruck

MENSCHENRECHTE

- 04 HETZE GEGEN SYRER:INNEN**
Was bewirkt sie bei Betroffenen?

MITBESTIMMUNG

- 06 IGM-FORDERUNGEN ZUR WAHL**
Für mehr Demokratie im Betrieb

GESUNDHEITSSCHUTZ

- 07 AUSBAU STATT ABBAU**
Kampagne gegen Lohnfortzahlung

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die „Brandmauer“ des Parlamentarismus hat sich mit den jüngsten menschenfeindlichen Polit-Manövern der Merz-CDU nun auch im Bundestag als Illusion erwiesen. Die Gefahr einer Regierungsbeteiligung der faschistischen AfD ist weitergewachsen.

In der vorliegenden Nummer 126 von *Avanti*² befassen wir uns unter anderem mit dem – aufhaltbaren – weiteren Rechtsruck, den Bundestagswahlen und dem dringend notwendigen außerparlamentarischen Widerstand.

Wir sprechen mit einem aus Syrien stammenden Genossen über seine Lage angesichts der immer hemmungsloseren Hetze gegen Geflüchtete.

In der Beilage stellen wir Vorschläge für ein solidarisches Aktionsprogramm zur Bekämpfung der bedrohlichen Krisen des überholten kapitalistischen Systems vor.

Wir freuen uns sehr, wenn die Februar-Ausgabe von *Avanti*² Euer Interesse findet.

Eure Redaktion

Titelbild: Protest gegen AfD in Mannheim-Rheinau, 18. Januar 2025. (Foto: A. N.)

INHALT

INTERNATIONAL

- 08 UKRAINE & GEWERKSCHAFTEN**
Solidarität konkret?

- 09 ÖSTERREICHS RECHTSRUCK**
Drohende Kickl-Regierung

- 10 NEUE POPULÄRE FRONT**
Schon am Ende?

ISO / IV. INTERNATIONALE

- 11 ABEND ZUM „WAHLKAMPF“**
„Alle Macht dem Volke“

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 500 JAHRE BAUERNKRIEG**
Eine deutsche Revolution?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 LEBEN ODER PROFITE**
Für ein Aktionsprogramm

Wie viel ist genug?

R. S.

Laut der Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam gibt es weltweit 2.769 Milliarden, davon 130 in Deutschland.

Dem gegenüber ist die Zahl der weltweit Hunger Leidenden auf 733 Millionen gestiegen. Die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze von 6,85 US-Dollar leben, ist seit 1990 unverändert bei fast 3,6 Milliarden (44 Prozent der Menschheit) geblieben.

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos forderten selbst Millionäre und Milliardenäre höhere Steuern für Superreiche wie sie selbst. Extremer Reichtum sei eine Gefahr für die Demokratie, weil damit oft politischer Einfluss einhergehe, warnen die rund 370 Unterzeichner:innen in einem Offenen Brief an Staats- und Regierungschefs.

(Quellen: FR, 20.+23.01.2025, Oxfam 2025.) ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Reichtum statt Demokratie?

M. G.

Die soziale Ungleichheit wächst insbesondere auch in Deutschland. Die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung verfügte 2023 nur über 2,3 Prozent des Gesamtvermögens, nämlich 0,4 Billionen Euro.

Die wohlhabendsten zehn Prozent der Bürger:innen in der BRD kontrollierten hingegen stolze 61,2 Prozent des Vermögens, das waren 10,5 Billionen Euro. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügte sogar über mehr als ein Drittel allen privaten Vermögens.

„Winzige Gruppen entscheiden, Eigentümer, Investoren und wenige Top-Manager“, sagte jüngst der Soziologe Klaus Dörre. Sie entscheiden nicht nur in Konzernen, sondern auch immer offener in Politik und Gesellschaft. Demokratie geht anders!

(Quellen: FR, 20.01.2025, Oxfam 2025.) ■

KAPITALISMUS ABWÄHLEN?

Gemeinsam gegen den Rechtsruck

U. D.

Nach aktuellen Umfragen gewinnen CDU/CSU und AfD bei der Bundestagswahl die Mehrheit. Damit wären im Parlament rassistische, faschistische, gewerkschaftsfeindliche und sexistische Positionen noch stärker vertreten als bisher.

Die Krisen des Kapitalismus werden immer bedrohlicher. Die Ausbeutung der arbeitenden Klasse und die Umweltzerstörung werden verschärft fortgesetzt. Der Kampf um globale Vorherrschaft erhöht dramatisch die Kriegsgefahr.

Auch in Deutschland werden die arbeitende Klasse, Betriebsräte und Gewerkschaften vom Kapital massiv angegriffen. Arbeits- und Ausbildungsplätze werden vernichtet, Aufrüstung vorangetrieben, Klimaschutz, Sozialeleistungen und Öffentliche Dienste in Frage gestellt.

Die Gewerkschafts-Vorstände verzichten in der Regel auf einen entschlossenen Abwehrkampf und tragen so – ganz „sozialpartnerschaftlich“ – zur politischen Orientierungslosigkeit der Mitglieder bei. Zudem ist die politische Linke schwach und zersplittert.

Keine Stimme für Hass und Hetze

Der politische Rechtsruck hat sich zum Sturzflug entwickelt. Das zeigt die verschärfte Hetze der AfD. Das zeigen die jüngsten Bundestags-Anträge von CDU-Merz zu Asyl und Zuwanderung. Das zeigt – in unterschiedlichem Ausmaß – die Anpassung an rechte Positionen von CDU/CSU, Freie Wähler, SPD, Grüne, FDP und BSW.

Die „Brandmauer“ der „demokratische Mitte“ zum Faschismus ist inhaltlich längst gefallen. Auf migrantische Bluttaten reagiert auch sie mit verstärkter Hetze und stellt Millionen Migrant:innen unter Generalverdacht. Sie spaltet damit die arbeitende Klasse und leistet dem Faschismus weiteren Vorschub. Gleichzeitig erfüllt sie die Wünsche des Kapitals nach noch niedrigeren Steuern, weiterem Sozialabbau, beschleunigter Aufrüstung und reduziertem Klimaschutz.

Die AfD ist nicht nur pro-kapitalistisch und extrem neoliberal, sondern mittlerweile faschistisch ausgerichtet. Sie will ein autoritäres System ohne Grund- und Menschenrechte. Darum muss die AfD überall und auf allen Ebenen konsequent bekämpft werden, auch bei Wahlen.

Kapitalismus und Faschismus bekämpfen

Kapitalismus kennt viele Herrschaftsformen: autoritäre Feudal-Systeme, mörderische Diktaturen oder parlamentarische Demokratien. In allen liegt die wirkliche Macht bei „der Wirtschaft“. Diese Kapitalmacht kann durch Wahlen nicht beseitigt werden.

Dennoch hat das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch im Kapitalismus Bedeutung. So können Wahlergebnisse massive Folgen haben. Zum Beispiel bezüglich der Grund- und Menschenrechte oder der Daseinsvorsorge. Darum muss dieses Wahlrecht verteidigt und genutzt werden.

Aber die verheerenden Folgen des Kapitalismus und der Fa-

schismus können letztlich nur durch eine starke außerparlamentarische Bewegung wirksam bekämpft werden.

Die Linke wählen – ohne Illusionen

Viele Mitglieder der Partei Die Linke setzen sich für kapitalismuskritische Positionen ein. Aber für die Mehrheit der Parteiführung sind nicht der Aufbau außerparlamentarischer Bewegungen, sondern das Erringen von Posten und Positionen im parlamentarisch-kapitalistischen System entscheidend. Die Linke bietet daher keinerlei Anlass zu Illusionen.

Dennoch rufen wir zur Wahl der Linken auf. Denn ein gutes Wahlergebnis für sie ist trotz allem ein Signal gegen Faschismus, Rassismus und neoliberale Politik.

Gemeinsam und solidarisch widerstehen.

Zurzeit führen jeden Tag unzählige Menschen und Gruppen solche Kämpfe. Damit diese Vielfalt den Kapitalismus aber wirklich herausfordern kann, müssen diese Kräfte gebündelt werden.

Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer solidarischen Front ein. In ihr verständigen sich die unterschiedlichen Bewegungen, Initiativen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf die gemeinsame Aktion nicht nur zur Abwehr des Faschismus, sondern auch für die Lösung der drängendsten Probleme.

Aber erfolgreich kann diese nur sein, wenn sich daran auch die organisierte arbeitende Klasse beteiligt. Darum muss die politische Linke innerhalb der arbeitenden Klasse aktive Kerne gegen den Klassenkampf von oben aufbauen.

Warten wir nicht darauf, dass andere für uns handeln. Stärken wir jetzt – gemeinsam und über alle Grenzen hinweg – eine solidarische Kraft gegen Kapital und Faschismus. ■



Demo gegen Rechts in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

Nach dem Sturz des Assad-Regimes – Hetze oder Solidarität?

Ein Interview zum aktuellen Geschehen in Syrien und in Deutschland*

Nach dem Sturz des Assad-Regimes entstand umgehend im deutschen Wahl-„Kampf“ ein schäbiger Wettbewerb. Die Spitzen der „demokratischen Mitte“ überboten sich darin, wer am schnellsten – und nach Möglichkeit noch schriller als die „AfD“! – die „Remigration“ von Menschen mit syrischen Wurzeln forderte. Um dieser menschenverachtenden Hetze ein wenig entgegenzutreten zu können, hat *Avanti*² mit dem 2015 aus Syrien geflüchteten Genossen Nidal gesprochen.

Lieber Genosse Nidal, was haben bei Dir der Sturz des Assad-Regimes und die daraus resultierenden Veränderungen in Syrien ausgelöst?

Als ich damals nach Europa flüchten musste, war das Leben in Syrien geprägt von ständiger Angst und Unterdrückung. Mein Bruder wurde getötet, mein Schwager und 214 weitere junge Männer wurden ohne jeden Grund verschleppt und inhaftiert. Diese Erfahrungen haben mich tief geprägt.

Die Nachricht vom Sturz des Assad-Regimes löste bei mir zunächst gemischte Gefühle aus: Einerseits verspürte ich Erleichterung und Hoffnung, andererseits sind da große Sorgen und Ängste, ob Syrien wirklich den lang ersehnten Wandel hin zu Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit erleben wird. Unter der autoritären Herrschaft Assads litten wir alle unter Repression, Korruption und einer extremen sozialen Ungleichheit.

Externe Mächte nutzten den Konflikt zudem, um ihre eigenen geopolitischen Interessen durchzusetzen. Mit dem Ende dieses Regimes öffnet sich jetzt zwar ein Fenster für Veränderung, doch zahlreiche Akteure von lokalen Milizen bis hin zu internationalen Kräften ringen um Macht und Einfluss.

Die größte Herausforderung sehe ich darin, dass Syrien sich nicht erneut den Interessen großer imperialistischer Mächte beugt und dass lokale „Eliten“ nicht einfach ein neues, ebenso autoritäres System errichten. Vielmehr brauchen wir eine demokratische, basisorientierte Gesellschaftsstruktur, in der die Men-



Demo in Paris gegen das syrische Folterregime in Syrien, 16. März 2013.

schen selbst etwa in Räten, Versammlungen oder Kommunen über ihre Angelegenheiten entscheiden. Soziale Gerechtigkeit darf dabei nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss konkret verwirklicht werden.

Ein zentrales Anliegen ist für mich der Wiederaufbau. Nach dem Sturz von Assad brauchen wir ein solidarisches Wirtschaftsmodell, das allen Syrerinnen und Syrern zugutekommt, statt nur ausländische Investitionen oder die Interessen einiger Weniger zu bedienen.

Hier halte ich sozialistische Prinzipien für unverzichtbar: Kollektive Kontrolle über grundlegende Ressourcen, menschenwürdige Arbeitsplätze, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, sowie eine öffentliche Infrastruktur für Gesundheit, Bildung und soziale Absicherung.

Natürlich sind die Herausforderungen enorm. Das Land ist stark vom Krieg gezeichnet, und viele Menschen sind tief traumatisiert. Ich hoffe, dass sich unsere Trauer und unsere Wut in positive Energie verwandeln lassen, um gemeinsam ein neues Syrien aufzubauen, das auf Menschenwürde, Mitbestimmung und Solidarität gründet.

Welche Rolle spielen die Türkei und die von ihr unterstützten Dschihadisten, und wie schätzt Du das Vorgehen Israels ein?

Die Rolle der Türkei ist in der Tat sehr komplex. Ankara unterstützt seit Jahren verschiedene syrische Milizen, die vormalig als dschihadistisch galten oder mit ihnen verbündet waren. Diese



Demo in Paris gegen das syrische Folterregime in Syrien, 16. März 2013.

Gruppen haben sich teils umbenannt oder versuchen nun, sich moderater zu präsentieren, was ihnen auch Unterstützung aus Teilen der syrischen Bevölkerung einbringt. Dennoch bleibt die Sorge groß, dass sie religiöse Spaltungen und sektiererische Konflikte weiter anheizen könnten.

Israel wiederum nutzt die Schwäche Syriens, um militärische Schläge gegen verschiedene Ziele durchzuführen – offiziell, um sich gegen iranischen Einfluss zu wehren. Gleichzeitig hat Israel die völkerrechtswidrige Annexion der Golanhöhen weiter zementiert und rückt zum Teil militärisch tiefer in syrisches Gebiet vor. Das belegt, dass nicht nur regionale, sondern auch globale Akteure ihre Interessen in Syrien durchsetzen wollen.

Aus meiner Sicht ist entscheidend, solche Interventionen und Abkommen kritisch zu hinterfragen. Das syrische Volk darf nicht wieder in den Machtpoker zwischen Türkei, Russland, Iran, Israel, USA und anderen Staaten geraten. Stattdessen braucht es eine umfassende Lösung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert und nicht an machtpolitischen oder ökonomischen Interessen externer Akteure.

Um langfristig Frieden und soziale Gerechtigkeit zu schaffen, müssen alle syrischen Gemeinschaften – unabhängig von ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit – demokratisch mitbestimmen können. Nur so lässt sich vermeiden, dass neue autoritäre oder sektiererische Strukturen entstehen.

Was ist für das demokratische Projekt Rojava im kurdischen Nordosten Syriens zu erwarten?

Das Projekt Rojava im kurdischen Norden Syriens hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass eine basisdemokratische, säkulare und fortschrittliche Gesellschaftsordnung möglich ist – selbst unter den schwierigen Bedingungen eines andauernden Krieges. Die von Abdullah Öcalans Ideen des Demokratischen Konföderalismus inspirierte Praxis setzt auf lokale Selbstverwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und die Einbindung verschiedener Ethnien und Religionsgemeinschaften.

Allerdings sind die Herausforderungen enorm: Zum einen besteht die Angst, dass Syrien durch weitere Autonomiebestrebungen in verschiedene Einflussphären zerfällt. Dies kann zu Spannungen mit jenen führen, die sich weiterhin ein zentralistisch organisiertes, „einheitliches“ Syrien wünschen. Zum anderen fürchten viele, dass Rojava, gerade wenn internationale Mächte ihre eigenen Interessen verfolgen, isoliert wird oder sogar unter militärischen Druck gerät.

Aus einer linken, sozialistischen Perspektive sollte das Ziel jedoch nicht die Fragmentierung des Landes sein, sondern eine Föderation oder Konföderation, in der die verschiedenen Gemeinschaften, Sprachen und Konfessionen gleichberechtigt koexistieren und ihre Rechte verteidigen können. Das Rojava-Modell kann dafür ein Vorbild sein, sofern es gelingt, alle Gruppen einzubeziehen und so gemeinschaftliche Strukturen zu schaffen, statt nur kurdische Interessen in den Mittelpunkt zu stellen.

Zugleich braucht es eine starke internationale Solidarität. Linke Kräfte weltweit sollten sich mit dem basisdemokratischen Projekt Rojavas und anderen emanzipatorischen Bestrebungen in Syrien solidarisieren, um der Gefahr von außenpolitischer Einmischung und Spaltung entgegenzutreten.

Wie empfindest Du die Diskussion in Deutschland, aber auch in Europa, wo die syrischen Flüchtlinge aufgefordert werden, sofort nach Syrien zurückzukehren?

Ich halte es für äußerst problematisch, wenn in Deutschland



Demo in Paris gegen das syrische Folterregime in Syrien, 16. März 2013.

und anderen europäischen Staaten gefordert wird, dass syrische Geflüchtete umgehend zurückkehren sollten. Solche Forderungen ignorieren, wie instabil die Lage in Syrien noch immer ist. Das Land ist durch Krieg und jahrelange Diktatur gezeichnet, und viele Menschen fürchten weiterhin Verfolgung, Inhaftierung oder Repression. Zumal das Assad-Regime zwar formal gestürzt wurde, die Machtverhältnisse aber keineswegs klar sind und neue Konflikte aufbrechen können.

Aus meiner Sicht liegt es in der Verantwortung Europas, geflüchteten Menschen Schutz und Perspektiven anzubieten, gerade weil europäische Mächte und ihre Verbündeten selbst am Konflikt in Syrien beteiligt waren oder ihn indirekt befeuert haben.

Die Forderung nach einer schnellen Rückkehr blendet zudem aus, dass die allermeisten Syrerinnen und Syrer, die geflohen sind, ihre Heimat nicht aus freien Stücken verlassen haben. Sie haben Familie und Freunde verloren, sind oft traumatisiert, und ihre Häuser oder Dörfer liegen in Trümmern. Solange keine echte Sicherheit und ein inklusiver Friedensprozess gewährleistet sind, könnte derzeit eine Rückkehr ihr Leben erneut in Gefahr bringen.

Statt die Geflüchteten zurückzuschicken, müssen wir in Europa solidarische Lösungen finden, die den Menschen ein sicheres Leben und eine aktive Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören ein umfassender Schutzstatus, Unterstützung beim Spracherwerb und beim Zugang zum Arbeitsmarkt sowie echte Integrationsangebote.

Auch im Hinblick auf den Wiederaufbau Syriens ist es sinnvoll, dass diejenigen, die in Europa Schutz gefunden haben, ihre Kenntnisse und Erfahrungen frei einsetzen können – möglicherweise zu gegebener Zeit auch beim Neuaufbau ihrer Heimat, wenn die Umstände es wirklich erlauben und sie sich dazu bereit fühlen.

Letztlich sollte unsere Haltung von der Überzeugung getragen sein, dass niemand gegen seinen Willen in ein Krisengebiet zurückgeschickt werden darf – schon gar nicht, solange Folter, Repression oder politische Verfolgung an der Tagesordnung sind.

Eine linke, humanistische Position verweist darauf, dass solidarische Aufnahme und umfassende Unterstützung Geflüchteter Grundpfeiler einer Gesellschaft sein müssen, die sich soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde auf die Fahnen geschrieben hat.

* [Die Fragen stellte H. S.]

IG Metall fordert „mehr Demokratie in der Arbeitswelt“

E. B.

Die größte deutsche Einzelgewerkschaft, die IG Metall (IGM), hat vor den Bundestagswahlen ihre Forderungen an die Parteien zum Thema „Mitbestimmung“ veröffentlicht.

Bezeichnend für den seit dem letzten Gewerkschaftstag weiter verstärkten Kurs Richtung „Sozialpartnerschaft“ ist die Feststellung: „Mitbestimmte Unternehmen verfolgen häufiger ein innovationsorientiertes Geschäftsmodell, kommen erfolgreicher durch Wirtschaftskrisen, sie investieren mehr und arbeiten nachhaltiger.“

Das ist nicht völlig falsch, aber es klingt eher wie das Hoffen auf „Vernunft“ bei den „Sozialpartnern“ und den ihnen verpflichteten Parteien der „demokratischen Mitte“.

Die Bilanz aller Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte einschließlich derjenigen unter SPD-Führung ist jedoch eindeutig: Gewerkschaftliche Belange haben – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle gespielt. Die letzte Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) liegt über 50 Jahre zurück.

In gewissem Sinn stimmt die Feststellung der IGM, dass die „Tätigkeiten und Bedarfe“ von Betriebsräten (BR) sich aufgrund vor allem der Digitalisierung „stark verändert“ haben.

Es gibt daher keinen Widerspruch zu der – allerdings unzureichenden – Forderung, dass die „geltenden betrieblichen Mitbestimmungsrechte weiterentwickelt“ werden müssen und „Unternehmensmitbestimmung gestärkt werden“ muss. Zumal das Erleben oder Nichterleben der Beschäftigten von „Demokratie am Arbeitsplatz“ in der Tat „maßgeblich auch ihre Haltung zur Demokratie in der Gesellschaft“ beeinflusst.

In die eigene Kraft vertrauen

Warum allerdings eine „weiterentwickelte Mitbestimmung“ ausgerechnet „das Vertrauen in staatliche Institutionen“ stärken soll, erschließt sich in Zeiten eines immer rauereren Klassenkampfes von oben nicht.

Zweifelsohne können nur Gewerkschaftsgegner die Forderung der IGM ablehnen, insbesondere „mehr Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungs- und Standortsicherung und Qualifizierung“ zu verwirklichen. Sicherlich benötigt die IGM auch ein gesetz-

lich garantiertes „digitales Zugangsrecht zum Betrieb“, um mobil arbeitende Beschäftigte „außerhalb der Werkstore“ erreichen zu können.

Ohne Frage ist dem Verlangen der IGM nach Erzwingbarkeit von Verhandlungen über einen Interessenausgleich bei Betriebsänderungen (in der Regel verbunden mit Personalabbau, Verlagerungen von Produktionen etc.) zuzustimmen. Denn nach dem Scheitern von Verhandlungen zum Interessenausgleich in einer möglichen Einigungsstelle hat der Betriebsrat keine gesetzliche Handhabe nach dem Betriebsverfassungsgesetz gegen die Betriebsänderung vorzugehen.

Wo ist die aktive Gegenmacht?

Recht bizarr wirkt jedoch der IGM-Forderungskatalog bei Fragen wie der Erzwingbarkeit der „Einbindung externer Sachverständiger durch die Betriebsräte“ oder einer „verpflichtende[n] Personalplanung“ durch den „Arbeitgeber“. Da gibt das BetrVG schon jetzt Betriebsräten in beiden Fällen Instrumente an die Hand, die die Verteidigung der Interessen der Beschäftigten ermöglichen.

Richtig ist es hingegen, das Unterlaufen der „gesetzlichen Schwellenwerte für die paritätische Unternehmensmitbestimmung“ durch die frühzeitige Umwandlung von Firmen in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) verhindern zu wollen.

Keinen Widerspruch kann es auch geben bei der Forderung nach „effektiver“ Bestrafung von Unternehmen, „die Mitbestimmungsgesetze rechtswidrig ignorieren, [...] vor allem mit umsatzorientierten Geldbußen“.

Zu unterstützen ist ferner der „Ausbau des besonderen Kündigungsschutzes“ für die Initiator:innen von Betriebsratswahlen. Die Behinderung von Betriebsratswahlen und von Betriebsratsstätigkeit müssen in der Tat – endlich – von Staats wegen verfolgt und somit zu einem Officialdelikt ausgestaltet werden.

Völlig unakzeptabel hingegen ist jedoch das Ignorieren der aus dem Faschismus stammenden Verdachtskündigungen, durch die zahllose BR unter Vorwänden aus den Betrieben geschmissen wurden und werden. Bereits der IGM-Gewerkschaftstag 2015 hatte beschlossen: „Insbesondere ist das Mittel der ‚Verdachtskündigungen‘ von Betriebsrätinnen und Betriebsräten durch den Gesetzgeber zu unterbinden und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben.“

Noch größere Leerstellen sind das Fehlen der Forderungen nach zwingender Tarifbindung für alle Branchen, nach Verbot von (Massen-)Entlassungen, nach „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ (Satzung der IG Metall) und nicht zuletzt nach uneingeschränktem Streikrecht!

Ohne die Organisation starken außerparlamentarischen Drucks bleiben die Forderungen des IGM-Vorstandes tote Buchstaben. Und ohne kämpferische Gegenmacht können der massive Rechtsruck und der „Generalangriff auf Gewerkschaften und Mitbestimmung“ (Klaus Dörre) nicht aufgehalten werden. ■



Foto: Helmut Roos.

Aktive „Mitbestimmung“ bei Alstom in Mannheim, 2. November 2010.

Das Märchen von den „faulen“ Beschäftigten „Sozialpartner“ hetzen gegen die „Krankmacher“

H. N.

Neben der Diffamierung von Geflüchteten und Menschen, die Bürgergeld beziehen, hat seit Ende 2024 ein weiteres Thema Hochkonjunktur: Die Mär von den krankfeiernden „Arbeitnehmern“ in Deutschland.

Den Auftakt machte Mercedes-Benz-Boss Källenius bei einer Betriebsrätetagung des Konzerns im Herbst 2024. Er griff die Beschäftigten hierzulande als Krankmacher an. Die Krankenstände in den deutschen Werken des Konzerns seien viel höher als in den ausländischen. Die bei dieser Versammlung anwesende Bezirksleiterin der IG Metall (IGM) Baden-Württemberg schwieg bezeichnenderweise zu dieser Attacke.

Schnell nahm die orchestrierte und medial verstärkte Kampagne gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Fahrt auf. Allianz-Chef Bäte stimmte ebenso in das laute Gejammer wegen des zu „hohen Krankenstandes“ ein wie der Kapitalisten-Dachverband BDA und die FDP. Die Propaganda dieser Kreise richtete sich vordergründig vor allem gegen die Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung, die angeblich die hohen Krankenstände mitverursacht.

Warum diese Angriffe?

Im Fokus der Attacken steht die gesetzlich geregelte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie soll ebenso, wie beispielsweise in Frankreich, sturmreif geschossen werden. Diese soziale Errungenschaft ist nicht vom Himmel der viel beschworenen „Sozialpartnerschaft“ gefallen. Sie ist 1956/1957 hart erkämpft worden.

Mehr als 34.000 Mitglieder der IGM im Bezirk Küste streikten damals 114 Tage für einen Tarifvertrag über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter. Zwar gab es für Angestellte bereits seit 1861 bis zu 6 Wochen Gehalt bei Krankheit, aber für Arbeiter galt diese Regelung nicht.

Der Druck des zweimal gegen den Willen des hauptamtlichen Gewerkschaftsapparats verlängerten Arbeitskampfes führte zur Verabschiedung des Arbeiterkrankheitsgesetzes. Es trat am 01.07.1957 in Kraft und verpflichtete Unternehmen, das sehr geringe Krankengeld der Krankenkassen auf 90 % des Lohns aufzustocken und ab 1961 auf 100 %.

Als die Regierung Kohl (CDU/CSU und FDP) 1996 beschloss, die Lohnfortzahlung auf 80 % abzusenken, kündigte der damalige Daimler-Chef Schrempp trotz des geltenden Tarifvertrags die sofortige Kürzung der Krankenkosten im Konzern an. Daraufhin kam es zum „Wut-Aufstand“ (BILD) bei Mercedes, der auch andere Belegschaften anspornte. Die Streiks verursachten allein bei Mercedes einen Umsatzverlust von über 220 Millionen Mark.

Die Kürzung durch das Kabinett Kohl war damit in den tarifgebundenen Betrieben vom Tisch. Im Gesetz wurde erst Anfang 1999 durch die Regierung Schröder (SPD/Grüne) auf Verlangen der IGM die volle Lohnfortzahlung wieder festgeschrieben.

Was sagen die Zahlen aus?

Eine Detail-Analyse der Fakten entlarvt schnell die Lügen der Profitmaximierer und ihrer politischen Helfershelfer: 1. Der

sprunghafte Anstieg der AU-Tage ab 2022 resultiert vor allem auf Erkrankungen der Atemwege. 2. Seit 2000 sind die Fehlzeiten aufgrund auch arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen um über 250 % gestiegen. 3. Die bessere digitale Datenerfassung von Krankmeldungen seit Anfang 2022 hat dazu geführt, dass je nach Diagnose jetzt 60 % mehr Atteste gemeldet werden. 4. Aufgrund der Corona-Pandemie sind sich viele Menschen ihrer Verantwortung bewusst geworden, nicht krank zur Arbeit zu gehen. 5. Infolge dieser Pandemie sind die Atemwegserkrankungen gestiegen. 6. Aufgrund der betrieblichen Misstrauens-„Kultur“ ist der Anteil der Beschäftigten, die auch bei kurzer Arbeitsunfähigkeit immer ein Attest vorlegen, von 53 % (2015) um 10 % auf 63 % (2024) gestiegen. 7. Der Anstieg der AU-Tage beginnt nicht mit der telefonischen Krankschreibung, da diese erst seit dem 7.12.2023 möglich ist.

Was tun?

Es ist für die eigene Gesundheit von großer Bedeutung, Erkrankungen auszukurieren und sich damit vor negativen Spätfolgen für Körper und Psyche zu schützen.

Die Forderung nach Wiedereinführung von Karenztagen ist der dreiste Versuch, aus Profitgier Lohnbestandteile der Beschäftigten zu klauen. Sie ist zudem ausgesprochen dumm. Krank Arbeitende können andere anstecken und machen mehr Fehler.

Seit 1996 verpflichtet das Arbeitsschutzgesetz Firmen zu vorbeugendem, ganzheitlichem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Die Ursachen arbeitsbedingter Gefährdungen und Erkrankungen sind durch Gefährdungsbeurteilungen und daraus abgeleiteten Maßnahmen nach dem STOP-Prinzip zu beseitigen oder – wenn nicht anders möglich – zumindest zu verringern.

Es ist skandalös, dass diese Vorgaben in den meisten Unternehmen nicht oder nur pro forma umgesetzt werden. Wo bleibt der gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Kampf zur Beendigung dieses menschenverachtenden und teuren Rechtsbruchs? ■



Am 24. Oktober 1956 begann der Metallerstreik.

Grafik: Avanti².

Jetzt erst recht: Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften verstärken!

M. G.

Seit Ende 2022 wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität – Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Wir dokumentieren im Folgenden die aktuelle Arbeit dieser sehr unterstützenswerten Initiative.

Sie hat am 8. Juni 2024 eine Veranstaltung im Berliner Haus der IG Metall organisiert unter dem Motto „Für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Ukraine! – Soziale Rechte sichern, Entschuldung durchsetzen“. Dazu waren Vertreter:innen der Initiative BeLikeNina aus dem Gesundheitssektor, Betriebsräte von ArcelorMittal in Krywyj Rih, dem größten Stahlwerk der Ukraine, und der Hochschule in Lwiw eingeladen worden, die gegen die Angriffe auf die Wissenschaft und die Zerstörung und Schließung von Hochschulen kämpfen. Mit Artjom Tidwa hat auch ein Vertreter von Sozialnyj Ruch teilgenommen. In Arbeitsgruppen mit Gewerkschafter:innen von IG Metall und ver.di sind mögliche Ansätze für gemeinsame Aktivitäten diskutiert worden.

Konkret bearbeitet die Solidaritäts-Struktur derzeit vier Projekte.

1. Die finanzielle Förderung der Initiative der ukrainischen Krankenschwestern BeLikeNina. Dank der jüngst eingetroffenen Zusage der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt können die Ninas drei Jahre lang mit jeweils 10.000 Euro unterstützt werden. Das ist großartig und wird ihnen helfen, regionale Koordinator:innen einzustellen, die am weiteren Aufbau der Gewerkschaft arbeiten können. Darüber hinaus sollen Schulungen und Qualifizierungen finanziert werden. Es gibt Gespräche mit weiteren Institutionen und Stiftungen, um noch andere Fördergelder zu akquirieren.

2. Gemeinsam mit der Erlassjahr-Kampagne, die bereits Unterstützer der Veranstaltung am 8. Juni 2024 war, hat die Vorbereitung einer Veranstaltung im nächsten Jahr begonnen. Es ist enorm wichtig, die Schuldenfrage weiter zu thematisieren. Ohne substanziellen Schuldenerlass wird die Ukraine auf Jahrzehnte

Spenden an die Ukraine-Solidarität

Internationale Solidarität e.V., Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00.

Der Verein kann auf Wunsch steuerlich absetzbare Spendenbestätigungen ausstellen. In diesem Fall bitte die dafür nötige vollständige Anschrift schicken an:

spenden@gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de.

Infos im Netz: www.gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de

Kontakt: info@gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de

den Auflagen der staatlichen und privaten Gläubiger ausgeliefert sein.

3. Gewerkschafter:innen von ArcelorMittal in Krywyj Rih wollen die Aus- und Weiterbildung in dem Werk reformieren und sind sehr an einer Kooperation mit anderen Werken des Konzerns interessiert. Im Rahmen der Veranstaltung am 8. Juni 2024 in Berlin hat es dazu einen ersten Austausch mit Jugend- und Auszubildendenvertreter:innen und Betriebsräten von ArcelorMittal Bremen und Eisenhüttenstadt gegeben. Dieser Austausch wird fortgesetzt, ein Projekt soll auf den Weg gebracht werden.

4. Soll die unabhängige Gewerkschaft der Eisenbahner:innen in Kiew weiter unterstützt werden. Sie hat dringend gebeten, Gelder für die Anschaffung von Lichtgeneratoren zu sammeln, um die Mitglieder bestmöglich mit Elektrizität zu versorgen. Bekanntlich werden immer wieder große Teile der Energieversorgung durch den russischen Angriffskrieg zerstört, und der Winter ist noch nicht vorbei.

Darüber hinaus gibt es Gespräche mit Aktivist:innen aus dem Hochschulbereich, die sich gegen Angriffe auf die Wissenschaft und die Zerstörung und Schließung von Hochschulen zur Wehr setzen.

Die ukrainische Gewerkschaftsbewegung arbeitet weiterhin unter äußerst schwierigen Bedingungen. Die meisten Gewerkschaften sind ständig rechtlichem und politischem Druck ausgesetzt. Das Kriegsrecht hindert sie daran, ihre Mitglieder wirksam zu schützen. Die Selenskyj-Regierung verfolgt eine Politik der Deregulierung und Schwächung der Gewerkschaften. Wir halten es für wichtig, dem Widerstand entgegenzusetzen und gewerkschaftliche Initiativen gezielt zu unterstützen.

Wir rufen dazu auf, „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ weiter mit Spenden zu unterstützen und auch bei Bekannten und Kolleg:innen dafür zu werben. ■



Teilnehmer:innen der Ukrainekonferenz in Berlin, 8. Juni 2024.

Rechtsruck in Österreich: Scharfmacher Kickl als Kanzler?*

WILFRIED HANSER

Bei der Nationalratswahl vom 29. September 2024 erhielt die rechtsextreme FPÖ unter dem Scharfmacher Kickl unglaubliche 28,8 % der Stimmen und wurde damit stärkste Partei.

Kickl hetzt ganz offen, er hofiert die Identitären als „interessante rechte NGO“ und „Remigration“ wurde von ihm schon lange vor der AfD ganz ungeniert als sein Programm bezeichnet. Orban in Ungarn ist sein Vorbild.

Im Januar 2025 beauftragte der grüne Bundespräsident Van der Bellen Kickl mit der Regierungsbildung. Seitdem laufen Koalitionsgespräche zwischen FPÖ und ÖVP.

Ist damit die – bürgerliche – Demokratie in Österreich verloren? Wird Österreich ein zweites Ungarn wie unter Orban? Das ist zu befürchten, wenn man nicht die inneren und äußeren Widersprüche der Situation berücksichtigt: ÖVP und FPÖ sind sich spinnefeind und für die ÖVP steht ihre jahrzehntelange Macht im Staats- und Beamtenapparat auf dem Spiel. Die möchte Kickl am liebsten zerschlagen, um seine Gefolgsleute zu installieren und die Kontrolle im Staatsapparat zu übernehmen.

Die Koalitionsgespräche könnten daher – mit geringer Wahrscheinlichkeit – immer noch scheitern. Dazu müsste die ÖVP aber ein Abkommen mit der sozialdemokratischen SPÖ zuwege bringen. Eine Bereitschaft dazu ist nach dem Putsch des Wirtschaftsflügels innerhalb der ÖVP wenig wahrscheinlich.

Welches Programm von Blau-Schwarz?

Das zu erwartende Programm der Blau-Schwarzen Koalition richtet sich allerdings direkt gegen die sozialen und gesellschaftlichen Interessen des Großteils der Wähler:innen beider Parteien, insbesondere gegen die der überwiegenden Mehrheit der Wähler:innen der FPÖ, der Lohnabhängigen. Diese machen letztlich die Mehrheit der Bevölkerung aus.

Auf dem Spiel stehen letztlich die gesamten Reform-Erreungen seit der Kreisky-Ära. Österreich steht – vergleichsweise zu Deutschland – noch relativ gut da. Eine „Agenda 2010“ wie unter Schröder, die Einführung von Hartz IV, die Konter-„Reformen“ bei Pensionen und im Gesundheitssystem, hat es in Österreich noch nicht gegeben, das öffentliche Sozial- und Gesundheitssystem ist noch weitgehend intakt, wenn auch geschwächt.

Auch die Eisenbahnen sowie die Öffis fahren wesentlich pünktlicher und decken ein breiteres Netz ab, die staatliche Verwaltung und Infrastruktur funktionieren im internationalen Vergleich noch relativ gut. Und die Grünen haben auch ein paar – sehr bescheidene – ökologische Reformen erstritten: Das Klimaticket, eine CO2-Abgabe in Verbindung mit einem Klimabonus, der an alle ausgezahlt wird. Auch wurden einige Transparenz- und Anti-Korruptionsbestimmungen in die Gesetze eingebaut.

Wie kann Widerstand gelingen?

Alles das ist durch die zu erwartenden Angriffe und eine Privatisierungswelle v. a. im Sozial- und Gesundheitssystem höchst gefährdet. Gefordert sind deshalb die Gewerkschaften und die

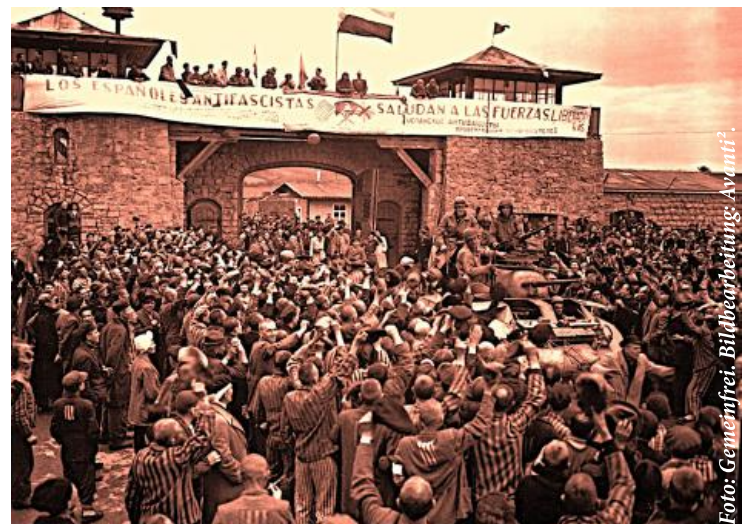
Sozialdemokratie, die etwas erstarkte KPÖ und die – allerdings sehr schwache, zersplitterte – Linke. Widerstand gegen die geplanten massiven Zerstörungen des Sozialstaates und demokratischer Errungenschaften, gegen rassistische, frauenfeindliche und minderheitenfeindliche Hetze sowie autoritäre Bestrebungen muss jetzt aufgebaut werden.

Das intelligente und kreative Knüpfen breiter Bündnisse und das wiedererlernte Kämpfen sind der Schlüssel, um dieser historischen Herausforderung und Bedrohung zu widerstehen. Wird es gelingen, Widerstandskonferenzen auf die Beine zu bringen und eine breite Abwehrfront zu entwickeln? Kann aus einer solchen Verteidigung von sozialen und demokratischen Errungenschaften ein neuer gesellschaftlicher und politischer Aufbruch erwachsen? Werden sich daran auch kritische Journalist:innen, Wissenschaftler:innen und Künstler:innen beteiligen?

Ohne Überwindung der bürokratischen Behäbigkeit, die durch die jahrzehntelange Sozialpartnerschaft in Österreich weltrekordverdächtig ist, und vor allem ohne Überwindung der österreichischen Mentalität des „Suderns“, des passiven ohnmächtigen Lamentierens ist diese Auseinandersetzung nicht zu gewinnen.

Nur durch die Entwicklung einer kreativen, aktiven, internationalistischen, selbstbewussten Widerstandskultur, die auch die neoliberale Ideologie sprengt, und durch die Verbindung der unterschiedlichen sozialen, ökologischen, feministischen, emanzipatorischen und antirassistischen Bewegungen können verheerende Niederlagen und eine düstere reaktionäre Zukunft abgewendet werden. Nehmen wir die Herausforderungen an!

* [Gekürzte und redaktionell bearbeitete Version des im Netz veröffentlichten Artikels: [www.soal.at/rechtsextremer-kanzler-kickl- ante-portas/.](http://www.soal.at/rechtsextremer-kanzler-kickl-ante-portas/)]



Befreiung des KZ Mauthausen in Österreich, 6. Mai 1945.

Frankreich

Die Neue Populäre Front (NFP) zerbricht am Parlamentarismus*

ANTOINE LARRACHE

Die Weigerung der Sozialistischen Partei (PS), für das Misstrauensvotum gegen die Regierung zu stimmen, offenbart einmal mehr den Zustand der NFP. Sie wird immer schwächer, je mehr sie sich von der Straße entfernt und in institutionelle Diskussionen verwickelt.

Die PS stimmte am 14. Januar 2025 nicht für das Misstrauensvotum gegen die Regierung. Sie ist der Ansicht, dass sie mit der Verabschiedung eines neuen Rentengesetzes im Parlament und dem Verzicht sowohl auf Stellenstreichungen im Bildungswesen als auch die Einführung von zwei Karenztagen im Öffentlichen Dienst Zugeständnisse von Premierminister Bayrou erhalten hat.

Laut der Tageszeitung *Le Monde* berichtete ein Macron nahestehender Senator, dass „François Bayrou den Sozialisten zwar sehr entgegengekommen ist, aber gleichzeitig ist es ihm gelungen, ein Ergebnis zu provozieren, nämlich die meiner Meinung nach unumkehrbare Spaltung der NFP, und das ist sehr wichtig“.

Die Zugeständnisse des Premierministers sind unbedeutend. Ministerien (angefangen mit dem Ministerium für Sport, Jugend und Vereinswesen) sind bereits von Stellenstreichungen betroffen. Außerdem will die Regierung, wenn die Karenzzeit nicht verlängert wird, das Krankengeld auf 90 % des Lohns kürzen. Bei den Renten wird sich die „Reform“ weiter durchsetzen.

So scheint François Bayrou das Tempo der antisozialen Politik geschickt verlangsamt zu haben, um die Enthaltung der PS zu erreichen und die Linke zu schwächen. Mit dem Ziel, einen neoliberalen Haushalt zu verabschieden und ein Programm durchzusetzen, dessen rassistische Dimension in der allgemeinen politischen Erklärung des Premierministers deutlich wurde.

Die Linke von ihren Widersprüchen eingeholt

In diesem Kuhhandel steckt eine Form von Logik, eine Rückkehr zu den neoliberalen Orientierungen der Sozialistischen Partei [während der Präsidentschaft] Hollandes. Es sind tiefgründige

Tendenzen am Werk, die mit der Integration der PS in die kapitalistischen Institutionen zusammenhängen. Sie wurden nur zeitweise durch den Druck der Mobilisierungen gegen die Rentenreform und gegen die extreme Rechte neutralisiert. Tausende von linken Aktivistinnen und Aktivisten wollten und erzwangen die Einheit der Linken.

Dieser Druck ist mit dem Scheitern der Mobilisierungen im Öffentlichen Dienst und gegen Entlassungen Ende 2024 praktisch verschwunden. Die Gewerkschaften lassen sich also, wie die Parteien, auf eine Gesprächsrunde ohne die Vorbedingung der Rücknahme der Rentenreform ein.

Die Grünen und die KPF führten Gespräche mit Bayrou, hielten aber an der Position der NFP fest, jeder Regierung, die nicht links ist, das Misstrauen auszusprechen. *La France insoumise* [LFI – Das unbeugsame Frankreich] verkörpert die klarste Position und lehnte es ab, mit Bayrou zu diskutieren.

Die Stellungnahmen von LFI sind jedoch auch mit anderen Zielen verbunden. So bereitet LFI eine Präsidentschaftskandidatur von Jean-Luc Mélenchon vor, unabhängig davon, ob diese 2027 stattfindet oder vorgezogen wird. Und für die nächsten Kommunalwahlen berechnet jeder das mögliche Ergebnis von unterschiedlich zusammengesetzten Bündnissen. Vielfältige lokale Ambitionen und Kräfteverhältnisse prägen deshalb auch die nationalen Debatten.

Für eine geeinte Linke ... von unten

Die einheitlichen Ansätze, die durch die Periode der Krise des Kapitalismus und des Aufstiegs der extremen Rechten bestimmt werden, werden so in den Hintergrund gedrängt. Einmal mehr zeigen der antidemokratische Charakter des Kapitalismus und die parlamentarischen Institutionen ihre Fähigkeit, Radikalität in Passivität umzuwandeln.

Der Schwerpunkt sollte jetzt darin bestehen, auf eine aktivistische Einheit an der Basis hinzuarbeiten. Sie hat die Aufgabe, sich mit lokalen Kämpfen zu verbinden, was derzeit allerdings nur sehr wenige Organisationen überzeugend leisten können. Wichtig ist, dass diese Einheit nicht durch die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten über die Kommunalwahlen in Frage gestellt wird.

Ein begrenztes Bündnis mit linken Gruppierungen wie *Nouvelle Donne*, *PEPS*, *L'Après*, *Ensemble*, *GDS* und der *NPA-L'Anticapitaliste* arbeitet daran, diese Einheit an der Basis aufzubauen. Dies erscheint uns sehr wichtig.

* [Aus der Wochenzeitung *L'Anticapitaliste*, Nr. 738 vom 23. Januar 2025. Übersetzung H. N.]



Foto: Photothèque Rouge/Martin Nodding/Imis Litens

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“?

ISO-Infoabend zur Bundestagswahl 2025

R. G.

In einem zunehmend rassistisch vergifteten Klima finden am 23. Februar 2025 die Bundestagswahlen statt. Über die möglichen Folgen sowie die notwendigen Antworten der politischen Linken diskutierten wir auf unserem monatlichen Infoabend im Januar.

Unser Referent ordnete die bevorstehenden Bundestagswahlen in die vielfältigen Krisen des Kapitalismus ein. Weltweit spitzt sich die Lage wirtschaftlich, ökologisch, sozial, politisch und militärisch weiter zu.

Geld, Macht und Krieg

Das Rennen um die größten Profite verstärkt die globale Konkurrenz um Einfluss, Rohstoffe und Absatzmärkte und erhöht in Verbindung mit wachsendem Nationalismus und Aufrüstung dramatisch die Kriegsgefahr. Die Klima-Zerstörung mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur wird nahezu ungebremst fortgesetzt. Die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen werden verschärft. Das Leben von vielen Millionen Menschen wird durch Kriege, Armut und Flucht bestimmt oder sogar vernichtet.

Von dieser Entwicklung profitieren ausschließlich die Reichen; sie werden noch reicher. Die Konzentration von Reichtum und somit realer Macht nimmt kaum vorstellbare Ausmaße an. So bestimmen einige Tausend Superreiche die Geschicke der Welt. Währenddessen befinden sich die arbeitenden Klassen organisatorisch und politisch in der Defensive. Und nicht zuletzt ist die politische Linke schwach und zersplittert.

Auch in Deutschland nehmen die Angriffe auf die arbeitende Klasse zu. Die „demokratische Mitte“ ist neoliberal und längst vom Sog rechter Strömungen erfasst. Dies zeigt sich aktuell an der Hetze gegen Fliehende und Schutzsuchende sowie an Grenzschließungen. Gleichzeitig wird die Bundeswehr „ertüchtigt“ und aufgerüstet, während für öffentlichen Verkehr, Bildung, Gesundheit und Soziales angeblich kein Geld vorhanden ist.

Aufbau einer gemeinsamen Front

Auf der ganzen Welt steht die parlamentarische Demokratie unter Druck. Autoritäre und faschistische Bewegungen und Parteien sind auf dem Vormarsch. Der Aufstieg von Rassismus und Faschismus ist also kein deutsches Phänomen. Seine gesellschaftlichen Ursachen sind die kapitalistischen Krisen, die tiefe Verunsicherung der Menschen und die fehlende Glaubwürdigkeit der schwachen politischen Linken.

Hinsichtlich der bevorstehenden Bundestagswahlen schlug der Referent vor, aufgrund der aktuellen Rechts-Entwicklung der Parlaments-Parteien die Linke zu wählen. Allerdings dürfe man in diese Partei keine Illusionen haben. Wichtiger sei es, außerparlamentarische Bewegung zu erzeugen

Daran anknüpfend entwickelte er den Gedanken der Notwendigkeit der organisierten Vernetzung. Um den Kapitalismus und die herrschende Politik wirklich herauszufordern, müssen

die in unzähligen fortschrittlichen Initiativen aktiven Menschen ihre Kräfte bündeln. Dies kann nur in einer gemeinsamen Front gelingen. Eine Front, die die Eigenständigkeit der Beteiligten sicherstellt und es sich zur Aufgabe macht, auch die arbeitende Klasse in ihre Kämpfe einzubinden.

Breite und lebhafte Diskussion

Ausgehend vom Referat entwickelt sich eine breite und lebhafte Diskussion. Dabei ging es nicht zuletzt um die Frage des Parlamentarismus und die Rechtsentwicklung der Parteien.

So wurde betont, dass die Rechtsentwicklung inzwischen ein Sturzflug ist, an dem alle parlamentarischen Parteien beteiligt sind, gerade die der „demokratischen Mitte“.

Differenziert wurde die Entwicklung der Linkspartei diskutiert. Auch die Linke wurde vom Rechtsruck erfasst. Bei ihr führte dies zur Rechtsabspaltung des BSW. Sie hat viele Mitglieder verloren, aber rund dreimal mehr neue hinzugewonnen. Kritisch wurde gesehen, dass die Linkspartei tief im parlamentarischen Getriebe steckt und zu wenig auf außerparlamentarische Bewegung setzt.

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen solidarischen Front wurde von den Diskutierenden zwar gesehen, aber zugleich darauf hingewiesen, dass derzeit keine Kraft eine solche Front erfolgreich initiieren will. Umso wichtiger ist es, die Idee einer solidarischen Front populär und im Rahmen gemeinsamer Aktionen und Initiativen konkret werden zu lassen.

Unser Infoabend hat erneut deutlich gemacht, wie notwendig die gemeinsame Diskussion über aktuelle politische Entwicklungen ist. Doch am Ende werden Debatten nur dann wirksam sein, wenn aus ihnen politische Aktivität entsteht. ■



Alstom-Demo in Mannheim, 30. Mai 2011.

Foto: Helmut Roos.

Vor 500 Jahren: Der Deutsche Bauernkrieg (I)

E. B.

Der Bauernkrieg im deutschen Sprachraum war Resultat einer langen Kette von Aufständen, Protesten und Unruhen seit dem 13. Jahrhundert in Europa. Diese richteten sich gegen das feudal-klerikale Herrschafts- und Ausbeutungssystem.

Seinen Höhepunkt erreichte der Deutsche Bauernkrieg im Jahr 1525. Er wird auch als „Revolution des Gemeinen Mannes“ bezeichnet. Mit diesem Begriff wird darauf hingewiesen, dass die zahlreichen Erhebungen nicht ausschließlich von Bauern, sondern auch – in geringerem Umfang – von Stadtbewohnern und Bergleuten getragen wurden.

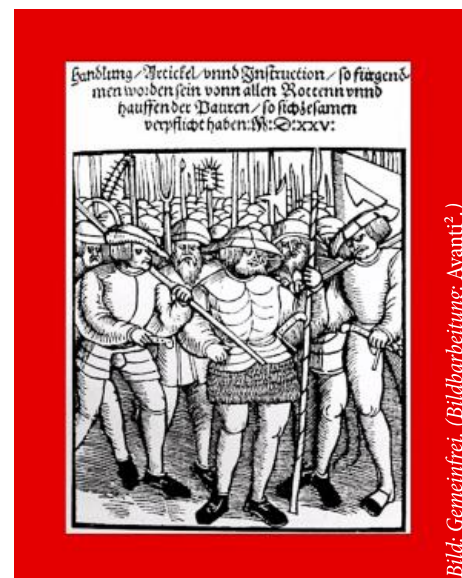
Die Ursachen für den bewaffneten Protest gegen Adel, Klerus wie deren Helfer, Helfer und Handlanger sind klar zu benennen: wirtschaftliche Not und soziales Elend als Resultat der zunehmenden Ausbeutung, Enteignung, Entrechtung und Unterdrückung durch die Herrschenden.

Am 23. Juni 1524 fand im Wutachtal der erste Aufstand im Deutschen Bauern-

krieg statt. Ihm folgten schnell weitere

Ein wichtiges Zentrum der Erhebungen wurde die Region Bodensee-Oberschwaben-Allgäu. Dort organisierten sich im Februar und März 1525 drei bewaffnete „Bauernhaufen“ mit insgesamt rund 30.000 Mann. Sie wollten vorrangig nicht Krieg führen, sondern Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen erreichen.

In Memmingen trafen sich deshalb ihre Abgesandten. Sie gründeten dort eine ober-schwäbische Eidgenossenschaft, die zum gegenseitigen Beistand verpflichtete. Ihre Forderungen nach Gerechtigkeit fassten sie in 12 Artikeln zusammen. Sie wurden gedruckt und schnell in der näheren und weiteren Umgebung verbreitet. ■



Zeitgenössische Flugschrift der Bauern von 1525.

Bild: Gemeinfrei. (Bildbearbeitung: Avanti²)

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 01.02.2025, 13:00 Uhr, Kundgebung „Wir sind die Brandmauer“, Alter Meßplatz, MA
- DO, 06.02.2025, 19:00 Uhr, „Israel, Palästina, Libanon, ... niemals Frieden im Nahen Osten?“, Gewerkschaftshaus, Otto-Brenner-Saal, Eingang Cahn-Garnier-Ufer/Ecke Hans-Böckler-Str. 1, MA
- MO, 10.02.2025, Infoabend „Rechte Kräfte in Mannheim & Region“, Trafohaus, Kepler-Str. 22, MA
- DO, 13.02.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- Fr, 14.02.2025, 16:30 Uhr, Klimastreik, Marktplatz, MA
- Fr, 14.02.2025, 19:00 Uhr, „Die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava (...) muss bleiben!“, Gewerkschaftshaus, Otto-Brenner-Saal, Eingang Cahn-Garnier-Ufer/Ecke Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SAM, 15.02.2025, 15:00 Uhr, Demo gegen die Kürzungen im Stadthaushalt, Schloß, MA
- FR, 28.02.202, 19:00 Uhr, Infoabend der ISO Rhein-Neckar zu den Bundestagswahlen, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VlSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

